

Forum  
für aktive  
Gewaltfreiheit

# Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- FRIEDENSNOBELPREIS
- NACH DEN WAHLEN
- GEWALTFREIHEIT UND  
VERSÖHNUNG IN AFRIKA

Nr. 4  
Dezember 2017, €3,-



# Inhalt

EDITORIAL, IMPRESSUM	2
INTERNATIONALE KAMPAGNE ZUR ABSCHAFFUNG VON ATOMWAFFEN - DER WEG ZUM VERBOTSVERTRAG (UND ZUM NOBELPREIS)	3
EINE GEBURTSTAGSREDE AUF DIE NEUTRALITÄT von Thomas Roithner	4
DIE TRANSFORMATION UNSERER WELT? von Jakob Mussil	6
GEDANKEN ZUR POLITIK NACH DEN WAHLEN 2017 von Peter Weish	7
DIE BAUERN UND BÄUERINNEN VON SUMILAO von Amela Orlovic	8
BRIEF AUS AFRIKA von Maria Biedrawa	10
EINDRÜCKE AUS RUANDA 23 JAHRE NACH DEM GENOZID Interview mit Manès Kerschbaumer	12
KONFERENZ FÜR EINE ATOMWAFFENFREIE WELT IM VATIKAN von Nadja Schmidt	14
VERTREIBUNG BEDEUTET EINE SPIRITUELLE DIASPORA von Kathrine Hinman	16
BÜCHER	18

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

## IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

**Verleger, Herausgeber:** Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

**Redaktion:** Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle,

**Offenlegung lt. §25 Mediengesetz unter:**  
[www.versoehnungsbund.at/spinnrad](http://www.versoehnungsbund.at/spinnrad)

**Adresse:** Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;  
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: [office@versoehnungsbund.at](mailto:office@versoehnungsbund.at)  
[www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

**Umschlagdesign:** Monika Naskau

**Layout:** Lucia Hämmerle

**Hersteller:** AV+Astoria Druckzentrum GmbH,  
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien

**Bankverbindung:** PSK, BIC: BAWAATWW,  
IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

**Preis der Einzelnummer:** € 3,-

**Abonnement:** € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

**Für Mitglieder des IVB kostenlos!**

Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat beratenden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten.  
[www.ifor.org](http://www.ifor.org)

## Liebe Leserinnen und Leser!

Zum letzten Mal in diesem Jahr präsentieren wir euch das Spinnrad. Wie so oft haben wir einen äußerst arbeitsreichen Herbst hinter uns, voller Überraschungen, wie die Bekanntgabe der Verleihung des **Friedensnobelpreises** an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, für die wir uns schon seit Jahren engagieren, und neuen Herausforderungen, wie die Implikationen des Wahlergebnisses der österreichischen Nationalratswahlen im Oktober.

Beides und noch mehr Impulse aus unserer Arbeit haben wir in diese Ausgabe aufgenommen und hoffen euch so zu motivieren im nächsten Jahr aufmerksam zu bleiben - für Momente, in denen es gilt aktiv gewaltfrei zu leben und für Menschen, die unsere Solidarität und Freundschaft brauchen, seien es jene aus unserer Umgebung, die man nur allzu leicht übersieht, oder engagierte Aktivist\*innen in der Zentralafrikanischen Republik (S. 10) oder Mitglieder der Friedensgemeinde in Kolumbien (S.16).

Im November des kommenden Jahres findet auch wieder unsere Mitgliederversammlung statt. Wir freuen uns auf diesen Austausch und seine Neubeginne. Wir freuen uns auf euch!

Lucia Hämmerle

## WIR WÜNSCHEN ALLEN MITGLIEDERN, FREUNDINNEN UND FREUNDEN EIN SCHÖNES FEST UND EINEN GUTEN RUTSCH INS NEUE JAHR!

Damit wir 2018 mit viel Energie unser gewaltfreies Engagement wieder aufnehmen können, bleibt das Büro von 22. Dezember bis 2. Jänner geschlossen.



Als Teil der internationalen Friedensbewegung arbeitet der österreichische Versöhnungsbund aktiv gewaltfrei für einen gerechten und nachhaltigen Frieden.



# Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen Der Weg zum Verbotsvertrag (und zum Nobelpreis)

## 2006

### 7. September

Die **International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW)** – Gewinner des Friedensnobelpreises 1985 – erklären auf ihrem Kongress in Helsinki die Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen zur Priorität. Partnerorganisationen verpflichten sich dazu die Kampagne 2007 zu starten.

## 2007

### 30. April

Es fällt der Startschuss für die Kampagne beim Vorbereitungstreffen des Nichtweiterverbreitungsvertrages für Atomwaffen in Wien.

## 2008

### 24. Oktober

Der UNO- Generalsekretär Ban Ki-moon schließt sich dem Aufruf für einen Verbotsvertrag an.

## 2010

### 28. Mai

Das Abschlussdokument des Überprüfungstreffens des Nichtweiterverbreitungsvertrages für Atomwaffen in New York, an dem auch ICAN-Aktivist\*innen teilnehmen, beinhaltet zwei Verweise auf einen Verbotsvertrag.

### Dezember:

ICAN veröffentlicht die erste Studie zur Einstellung von Regierungen gegenüber eine Verbotsvertrag von Atomwaffen: 142 Nationen sind zu diesem Zeitpunkt für den sofortigen Beginn von Verhandlungen, 21 unentschlossen und 29 „skeptisch“.

## 2011

### 26. November

Das Rote Kreuz und der Rote Halbmond verabschieden eine Resolution, die ein internationales Abkommen über ein Verbot von Atomwaffen befürwortet.

## 2012

### 5. März

Don't Bank on the Bomb: ICAN veröffentlicht eine Studie über die globalen Investitionen in Firmen, die mit der Atomwaffenproduktion in Verbindung stehen und erhöht so den Druck auf finanzielle Institutionen, diese Unterstützung zu beenden.

### 6. August

Veröffentlichung einer Studie über die katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen auf die Gesundheit, Gesellschaften und die Umwelt. Sie dient als Grundlage für einen Ansatz im Umgang mit Atomwaffen, der die humanitären Konsequenzen in den Vordergrund stellt.

## 2013

### 2.-3. März

Zur Vernetzung und Bewerbung der Kampagne findet in Oslo ein Forum für Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft statt. Mehr als 500 Menschen aus 70 Ländern nehmen daran teil.

### 4.- 5. März

Die norwegische Regierung veranstaltet die erste Konferenz zu den humanitären Konsequenzen von Atomwaffen.

## 2014

### 14. Februar

Die zweite Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen findet in Nayarit, Mexiko, statt. Mexiko ruft dort dazu auf, den diplomatischen Prozess für ein rechtlich verbindliches Dokument zu beginnen.

### 6.-7. Dezember

600 Menschen nehmen an einem Treffen der Zivilgesellschaft in Wien teil wo über die Vorteile eines Verbotsvertrags diskutiert wird.

## 9. Dezember

Am Ende der dritten Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen verpflichtet sich Österreich zur Schließung der gesetzlichen Lücke und dazu an einem Verbot und der Eliminierung von Atomwaffen zu arbeiten.

## 2015

### 2. November

Als Resolution wird die „Humanitäre Verpflichtung“ bei der UNO-Generalversammlung präsentiert und findet die Zustimmung einer großen Mehrheit der Nationen.

## 2016

### 27. Oktober

Das europäische Parlament stimmt für die Resolution, die Regierungen dazu auffordert die Verhandlungen zu unterstützen.

Die UNO stimmt dafür, Atomwaffen 2017 zu verbieten. Die Verhandlungen werden für März 2017 angesetzt.

## 2017

### 27. März

Die Verhandlungen für den Verbotsvertrag für Atomwaffen beginnen.

### 7. Juli

Zwei Drittel der Nationen stimmen für die Annahme des Vertrags zu Atomwaffen.

### 6. Oktober

Das Nobelpreiskomitee erklärt, dass ICAN am 10. Dezember 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird.

---

Noch mehr „Meilensteine“ der Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen unter [www.icanw.org/campaign/campaign-overview/](http://www.icanw.org/campaign/campaign-overview/)

Auswahl und Übersetzung:

Lucia Hämmerle



## Eine Geburtstagsrede auf die Neutralität

von Thomas Roithner

**D**u bist so jung wie deine Zuversicht, meinte Albert Schweitzer. Also jung? Oder doch alt? Na ja, geboren im gleichen Jahr wie „Mr. Bean“ Rowan Atkinson, Rainhard Fendrich und Helge Schneider. Die sind doch nicht alt mit ihren 62. In dieser Riege gilt wohl die alte Weisheit von Udo Jürgens: Mit 66 Jahren fängt das Leben an.

Geboren wurde ich 1955. Lange, wirklich lange haben sich meine geistigen Eltern Zeit gelassen. Über meine Geburt haben viele nachgedacht, und das quer über den Globus. Der gesamten Staatenfamilie wurde meine Geburt dann mitgeteilt. Manche, wie's im Leben so ist, haben sich mit freundlicher Post gemeldet und andere es still zur Kenntnis genommen. Aber mit allen ist quasi ein Vertrag entstanden. Nämlich dass es mich gibt. Und dies gilt auch mit meinem heutigen Geburtstag noch. Mein Vorbild sollte damals die Schweiz sein, und meine Geburtsurkunde ist allgemein bekannt: das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität vom 26. Oktober 1955.

### Spielregeln

Ein ganz wesentlicher Beweggrund meiner Geburt war, dass sich Österreich nie wieder an Kriegen beteiligt. Konkret steht im Gesetz, Österreich wird "keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen". Klare Regeln, mit welchen Kindern ich was spielen kann und wer wie lange zu Besuch kommen darf. Für mich gilt: freundlich sein, die Schokolade teilen und sich am Sandhaufen an den richtigen Platz setzen. So findet man rasch viele

Freunde. Und das schafft Sicherheit und Vertrauen.

Wie in jeder Jugend gibt's ein Auf und Ab. Die einen haben mich immer an der Hand, wenn sie in die weite Welt unterwegs sind. Helfen sollte ich, um zwischen Ost und West für Dialog zu sorgen. So kamen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow im Jahr 1961 nach Wien. Immer wieder wurde mein integrativer Charakter im Nahen Osten zu nützen versucht. Bruno Kreisky begegnete Yasser Arafat, und dieser war 1979 in Wien, als noch niemand sein Freund sein wollte.

Damit alles ein festes Fundament hat, konnten zahlreiche Institutionen in Wien angesiedelt werden. 1957 die Atomenergiebehörde (IAEA), 1965 die Opec, 1967 die UN-Organisation für industrielle Entwicklung (Unido), und 1979 wurde die Uno-City in Wien-Kaisermühlen eröffnet. Die aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangene Organisation (OSZE) hat auch ihren Sitz in Wien. Nützlich war die Neutralität noch für so allherhand: Austausch mit den Blockfreien, Sitz im UN-Sicherheitsrat, Generalsekretäre in Uno und Europarat, Abrüstungsverhandlungen und Menschenrechtskonferenzen. Vielleicht für manches nicht ausschlaggebend, aber sicher nicht hinderlich. Viele nannten meinen Namen gemeinsam mit dem Begriff Friedenspolitik. Neutral zwischen Konfliktparteien bedeutet nicht – auch das muss gesagt sein –, die damaligen Kriegsparteien Iran und Irak beide mit Waffen zu beliefern.

### Ansteckende Krankheiten

Rund um meinen 40er war ich in aller Munde: der Beitritt Österreichs

zur damaligen EG und heutigen EU im Jahr 1995. Ein gelbes Pickerl mit blauer Taube war oft auf Laternenmasten zu sehen. „Mit 40 zu jung zum Sterben“, stand darauf. Im EG-Vertrag von Maastricht 1992 war bereits zu lesen, dass die Entwicklung „zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“. Deutlich war, dass so eine gemeinsame Verteidigung nicht nur mit dem Geist, sondern auch mit den Buchstaben des Neutralitätsgesetzes nicht vereinbar ist.

Einige in Österreich standen mir bei, manche duckten sich weg, und andere heizten das Feuer an. Ein Bundesparteitagsbeschluss der ÖVP aus dem Jahr 1997 für einen Nato-Beitritt hätte die gelben Picklerpicker beinahe unfreiwillig zu Propheten machen können. Wie die Lipizzaner und die Mozartkugeln würde ich in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr greifen, so das Argument. Allerdings war die Stimmung in der Bevölkerung für die Abschaffung der Neutralität ganz und gar nicht vorhanden. Und die Nato-Forderung wurde zum Schnee von gestern. Die Sozialdemokratie war auf EU-Ebene für das gesamte politische und militärische Spektrum zu gewinnen, nicht jedoch für eine Nato-Mitgliedschaft.

### Kindergeburtstag ohne Strategie

Der EU-Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 enthielt EU-Kampfeinsätze. In der Kindergruppe EU sitzen viele Kinder mit Helm, nämlich Nato-Mitglieder. Jene mit dem damals gelben Pickerl warnen, die Kinder mit Helm könnten die Neutralen in militärische Konflikte verwickeln. Es sollte genau in diesen späten 1990ern so weit kommen, dass EU-Kampfeinsätze



auch ohne UN-Mandat nicht ausgeschlossen sein sollten (Artikel 23f B-VG). Neutralität und mögliche völkerrechtswidrige EU-Kampfeinsätze nebeneinander in ein und derselben Verfassung. Ähnliche Probleme hatten die neutralen und paktfreien Staaten Finnland, Schweden und Irland im Hinblick auf die Entwicklung der EU. Als einst beliebtes Kind hatte ich offenbar einen bunten Strauß ansteckender Krankheiten eingefangen, denn die Parteien im Parlament gingen allesamt auf spürbare Distanz. Ursache und zugleich auch Folge war die Absenz einer außenpolitischen Strategie. Mit den Kindern mit Helm – den Nato-Staaten – wurde mir das Spielen ab Mitte der 1990er erlaubt. Im Wartezimmer des Militärpakts Nato – der Nato-Partnerschaft für den Frieden (PfP) – gab es für Österreich als PfP-Mitglied Kakao und Kuchen. Danach gab's die satte Rechnung für Speis und Trank. Der völkerrechtswidrige Nato-Krieg gegen Jugoslawien wurde von der EU als "notwendig und gerechtfertigt" bezeichnet, während just in dieser Zeit über 80 Prozent der Bevölkerung die Neutralität befürworteten. Unter der FPÖ-ÖVP-Regierung wurden die Nato und die militäri-

sche Beistandsverpflichtung der EU hochgehalten. Beides nicht neutralitätskompatibel. Die Neutralität – so FPÖ und ÖVP damals – widerspreche dem "Gerechtigkeitsgebot", und gute Dienste seien nicht mehr gefragt. Die Haltungsunterschiede zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung in Bezug auf das potenzielle Unvereinbarkeiten aufweisende Verhältnis von Neutralität und EU sollten als Konstante der letzten beiden Dekaden herausstellen.

### Militäreinsätze

Rund um den Irak-Krieg der USA 2003 begannen auch die EU-Auslandseinsätze. Seit 2003 standen EU-Militärs im Kongo, EU-Militärs am Balkan, EU-Militärs im Tschad, EU-Militärs in Zentralafrika, EU-Militärs am Horn von Afrika. Alle mit Uno-Mandat und Einstimmigkeit aller EU-Staaten. Seit 2003 sagt die EU, dass ihre erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegt. Das klingt nach Intervention und weniger nach aktiver Neutralität. Es geht das Schlagwort der Solidargemeinschaft EU um. Aber mit wem eigentlich solidarisch? Die einen meinen, Solidarität sei die Zärtlichkeit der Völker. Andere hingegen meinen mit Solidarität die Kumpa-

nei der wirtschaftlich Reichen und militärisch Potenten. Neben den EU-Militäreinsätzen kamen seit 2003 auch etwa zwei Dutzend zivile EU-Einsätze dazu. Teilweise Klein- und Kleinstseinsätze, teilweise Zivileinsätze sogar unter dem Kommando eines Militärs. Dennoch oder deshalb: 80 Prozent des Personals in allen EU-Einsätzen sind Militärs. Das neutrale Österreich hat sogar etwa 90 Prozent Militärs in EU-Einsätze entsandt.

### Innehalten

Geburtstage sind auch Zeiten zum Innehalten. Wer bin ich? Wohin will ich? Sucht man im Parlament eine gemeinsame Klammer, so wird diese klein sein: neutral sein heißt, lediglich nicht Vollmitglied der Nato zu sein. Die Krux: Nato und EU sind heute mehr denn je kommunizierende Gefäße.

Der Wahlsieger der Nationalratswahl hat plakatiert, es ist Zeit für Neues. Warum also nicht noch mehr mithelfen, ehrlicher Makler und guter Platz für Friedensgespräche zu sein? Der Bedarf ist zweifellos gegeben. Warum nicht stärker die Fähigkeiten der Zivilgesellschaft zur Konfliktbearbeitung ausspielen? Sie haben internationale Erfahrung. Bei den erfolgreichen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot waren die Neutralen im Allgemeinen und Österreich im Besonderen ganz wichtig. Warum nicht weitere Abrüstungsprozesse gemeinsam initiieren? Waffen hat die Welt genug. Warum kurzatmig und hilflos hinter Konflikten herhelfen und nicht mehr in multilaterale zivile Krisenprävention stecken und damit Fluchtursachen beseitigen helfen? Ja, warum eigentlich nicht?

*geschrieben am 25.10.2017*

**Thomas Roithner ist Friedensforscher und Robert-Jungk-Stipendiat 2017 der Stadt Salzburg**

### Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Artikel I.

**(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.**

**(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.**

## Die Transformation unserer Welt?

von Jakob Mussil

Am 25. September 2015 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die 2030 **Agenda für Nachhaltige Entwicklung** verabschiedet, welche unter anderem 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) enthält. Die Ziele wurden somit von allen 193 UN-Mitgliedsstaaten beschlossen, sind für alle Länder gültig und verknüpfen soziale, ökologische und ökonomische Zukunftsfragen. Die Staaten haben sich also auf eine Vision geeinigt, in welche Richtung sich die Welt und die globale Gesellschaft bis 2030 entwickeln soll. Auch die Rolle von friedlichen Gesellschaften wird durchgehend in der neuen Agenda berücksichtigt. Die Ziele, welche die Staaten bis 2030 erreichen möchten, sind überaus ambitioniert und umfassend. Um sie zu erreichen, braucht es deutliche Kraftanstrengungen und ein grundlegendes Umdenken in der Politik – nicht umsonst gaben die Staaten der neuen Agenda den Titel „Die Transformation unserer Welt“. Diese Vision einer besseren und nachhaltigen Zukunft für 2030 in die Realität umzusetzen, stellt die Staaten vor große Herausforderungen.

Österreich leistete einen wichtigen Beitrag bei der Erarbeitung der 2030 Agenda und brachte sich sowohl auf UN- als auch auf EU-Ebene in die Verhandlungen ein. Zur UN-Generalversammlung in New York, auf der die Agenda feierlich im September 2015 beschlossen wurde, reisten der Bundespräsident sowie vier Minister\*innen an. Danach war allerdings von der angekündigten „Transformation unserer Welt“ kaum etwas zu bemerken, es wurde weiter „business as usual“ gemacht. In Österreich gibt es nach wie vor keine

übergeordnete Strategie, wie die SDGs bis 2030 erreicht werden sollen. Ebenso fehlt Klarheit und Transparenz darüber, welche konkreten, neuen Maßnahmen zur Umsetzung ergriffen werden sollen. In anderen Staaten, wie etwa in Deutschland, wurden die SDGs zur Chefsache erklärt und eine Strategie auf Basis eines öffentlichen Konsultationsprozesses entwickelt. In Österreich hingegen beruft man sich auf ein sogenanntes „Mainstreaming“, welches allerdings oft bedeutet, dies, was ohnehin schon geschieht, als SDG-Umsetzung zu benennen. Eine auf Nachhaltigkeit basierende politische Vision für 2030 ist bisher nicht in Sicht.

Die Bildung einer neuen Regierung wäre nun die Chance, diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit zu schenken und Österreich zu einem Vorreiterland im Bereich nachhaltige Entwicklung zu machen. Die AG Globale Verantwortung befragte vor der Nationalratswahl im Oktober die sechs aussichtsreichsten Spitzenkandidat\*innen, wie sie die SDGs umsetzen würden und wo sie Verbesserungsbedarf sehen. Fast alle Parteien bekannten sich in ihren Beantwortungen zur Umsetzung der SDGs. Sie bezeichneten die SDGs unter anderem als politische Handlungsgrundlage und als wesentliches Zukunftsprojekt. Wie die SDGs tatsächlich in das nächste Regierungsprogramm einfließen, ist noch offen. Nachhaltigkeitsthemen scheinen bisher in den Verhandlungen jedoch keine hohe Priorität zu haben.

Damit sich die zukünftige österreichische Bundesregierung als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft den globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen besser stellen kann, müsste

der Umsetzungsprozess deutlich beschleunigt werden. Dafür sollten die Ziele zur Chefsache erklärt und unter Beteiligung verschiedener Stakeholder eine Umsetzungsstrategie erarbeitet werden, in der konkrete Ziele und Maßnahmen in allen Politikbereichen dargelegt werden.

Von Seiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen war der Beschluss der 2030 Agenda ein guter Grund optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn die Agenda vermittelt die Zuversicht, dass Globalisierung im Sinne aller Menschen gestaltet werden kann, dass wir gemeinsam einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag verwirklichen können und dass zukünftige Generationen in einem intakten Ökosystem aufwachsen werden. Um der Agenda und den SDGs mehr Gewicht zu verleihen, schlossen sich im September 2017 über 100 NGOs aus unterschiedlichen Bereichen zu „SDG Watch Austria“ zusammen. Die zivilgesellschaftliche Plattform dient der verstärkten Vernetzung von Organisationen, um gemeinsam die Umsetzung der SDGs voranzutreiben. Wie auch immer sich die nächste Regierung für die Verwirklichung der Ziele einsetzen wird, die Zivilgesellschaft wird sie an ihre Verpflichtungen erinnern.

Mehr Informationen zur Plattform und den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung befinden sich auf der Webseite [www.sdgwatch.at](http://www.sdgwatch.at)

---

**Jakob Mussil arbeitet als EU-Politikreferent bei der AG Globale Verantwortung und ist Koordinator von SDG Watch Austria.**





# Gedanken zur Politik nach den Wahlen 2017

von Peter Weish

Die Nationalratswahlen 2017 haben die politische Landschaft entscheidend verändert und geben Anlass zur Befürchtung, dass wesentliche Bereiche, wie etwa die Umweltpolitik, noch mehr als bisher vernachlässigt werden. Im Wahlkampf haben die entscheidenden Zukunftsfragen kaum Erwähnung gefunden. Dominiert hat billige, oberflächliche bzw. untergriffige Rhetorik und erbärmliches Gezänk über sekundäre Fragen. Die Medien haben meist oberflächlich und parteiisch berichtet. Alles in allem keine gute Basis für vernünftige Wahlentscheidungen. Die Ergebnisse sind dementsprechend ausgefallen. Die Grünen sind aus dem Parlament ausgeschieden, Peter Pilz, der unbequeme Korruptionsbekämpfer, wird „abgeschossen.“ Es herrscht großes Lamento über den Erfolg der Blauen. Bei der Gründung der Grünen gab es das Grundverständnis, die Partei habe ihr Standbein in der Ökologiebewegung und das Spielbein im Parlament. Leider haben die Grünen das Standbein mehr und mehr verkümmern lassen und das Spielbein war nicht ausreichend tragfähig – der Absturz war leider unvermeidlich. Im Wahlkampf wären klare Aussagen, wie etwa: „Zukunftsverantwortung statt Parteiengezänk“ vermutlich besser angekommen, als läppische Werbeparolen.

Von einer sich abzeichnenden ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition ist zu erwarten, dass Wirtschaftswachstum um jeden Preis an erste Stelle gerückt wird und Einsparungen beschlossen werden, die vor allem die sozial Schwachen treffen. Umweltschutz und Klimapolitik wie gehabt, bloß als Lippenbekenntnis. Zusätzlich eine restriktive Einwanderungspolitik.

Insofern, als Einwanderer\*innen und Flüchtlinge viele neue Probleme schaffen und damit die Bewältigung bisheriger Probleme erschweren, ist die Popularität restriktiver Maßnahmen verständlich. Ethisch vertretbar wäre eine strenge Einwanderungspolitik aber nur unter der Voraussetzung, dass wir unseren ökologischen Fußabdruck auf die ökoproduktive Fläche Österreichs reduzieren, sowie einem Partnerland in der „Dritten Welt“ helfen, wesentliche Probleme zu lösen. Beispielsweise mit ehrgeizigen Projekten der Wiederbewaldung, die einen vielfältigen Nebenutzen erbringen. Weiters müsste wir als neutrales Land eine aktive Friedenspolitik betreiben und damit helfen, Konflikte gewaltfrei zu lösen und kriegsbedingte Flüchtlingsströme zu vermeiden.

Eine Energiewende ist in Österreich durchaus möglich, allerdings setzt sie eine markante Reduktion von Energieverschwendung voraus und erfordert wesentliche Anpassungen des Rechtsrahmens. Die für eine notwendige Energiewende erforderlichen Maßnahmen sind im Wesentlichen deckungsgleich mit einer konsequenten Klimapolitik, zu der sich Österreich ja verpflichtet hat.

Jedenfalls steht die Zivilgesellschaft nun vor großen Herausforderungen. Besonders wichtig erscheint mir eine offene, sachbezogene Gesprächskultur zu stärken, mit dem ehrlichen Versuch, die Position Andersdenkender zu verstehen, statt sie mit Kampfbegriffen abzuqualifizieren, was nur Zersplitterung und Schwächung der Zivilgesellschaft bewirkt – im Interesse der Machteliten. Die Menschen wollen weder Kriege noch Umweltvergiftung, weder Unterdrückung noch Überwa-

chung, sondern eine lebensfreundliche Welt mit Zukunft. Es geht vorrangig darum, gemeinsam für gemeinsame Interessen einzutreten. Ganz in diesem Sinne gibt es bereits erfolgversprechende Ansätze:

Im Oktober wurde ein „Solidaritätspakt der Zivilgesellschaft für Demokratie“ beschlossen, der sich gegen den Abbau wesentlicher demokratischer Freiheiten, Grundrechte und Arbeitnehmer\*innenrechte sowie Angriffe auf den Rechtsstaat wendet und gemeinsame Aktionen ankündigt. Dieser Pakt umfasst bereits ein Spektrum von NGO, das die wesentlichen Bereiche der Zivilgesellschaft beinhaltet.

Vor rund zwei Jahren wurde von den Vereinten Nationen die „Agenda 2030“ verabschiedet und 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development Goals (SDG) – formuliert (*siehe Artikel links*). Österreich hat sich offiziell zur Agenda 2030 bekannt. Da bisher in dieser Richtung so gut wie nichts geleistet wurde, haben mehr als 100 österreichische NGO beschlossen, die Plattform „SDG-watch Austria“ zu gründen mit dem Ziel, die Einhaltung der SDG in der österreichischen Politik einzufordern.

In der derzeitigen Krise der Politik liegt die Chance der Zivilgesellschaft, den Grundkonsens für eine lebenswerte Welt mit Zukunft wirksam zu verbreitern und basisdemokratisch politischen Druck zu organisieren. Nur auf diese Weise kann die konzerngesteuerte Politik, die die Welt in Katastrophen führt, überwunden werden.

---

**Peter Weish ist Dozent an der Universität für Bodenkultur in Wien und aktiv beim Forum Wissenschaft und Umwelt.**

## Die Bauern und Bäuerinnen von Sumilao

von Amela Orlovic

Nach jahrzehntelanger Vertreibung von ihrem eigenen Land im 20. Jahrhundert engagierten sich die Bauern und Bäuerinnen von Sumilao aus dem Dorf San Vicente in den Philippinen in einer 13 Jahre dauernden Kampagne, um das ihnen von alters her und rechtmäßig zustehende Land zurückzufordern.

Diese Kampagne umfasste gewaltfreie Proteste, u.a. Landbesetzungen, Protestcamps vor dem Obersten Gerichtshof, Hungerstreiks, einen Marsch über 1700 Kilometer und Diskussionen mit den privaten Eigentümer\*innen, die ihnen das Land weggenommen hatten.

Die erste gewaltfreie Aktion der Sumilao Bauern und Bäuerinnen fand 1997 statt, als 17 von 137 enteigneten Bauern einen Hungerstreik durchführten, der 28 Tage dauerte. Durch diesen Hungerstreik erfuhren 46% der philippinischen Bevölkerung von der Situation, 90% unterstützten die Aktion. Schon 1995 hatte das Umfassende Agrarreform-Programm (CARP) den Sumilao Bauern und Bäuerinnen das Recht eingeräumt, die 144 Hektar Land, die seit Generationen ihren Vorfahr\*innen gehört hatten, zurück zu fordern. Dieser Reformplan wurde jedoch nicht wirklich durchgeführt, sodass das Land an die vorherigen Eigentümer\*innen, die Quisumbing-Familie, zurückgegeben wurde.

Später erkannte Präsident Ramos, der die Rechtmäßigkeit des Anspruchs auf den althergebrachten Besitz des Landes anerkannte, den Sumilao Familien 100 der 144 Hektar zu. Dieser Hoffnungsschimmer wurde jedoch vom Obersten Gerichtshof zunichte gemacht, der die Entscheidung von Ramos revidierte und das Land an die Quisum-

bing-Familie rückerstattete, die es in Folge an den Großkonzern San Miguel Corporation verkaufte.

Die Landreform in den Philippinen gestaltete sich beinahe unmöglich, weil die Bauern und Bäuerinnen keine ausreichende Unterstützung von den Führer\*innen des Landes erhielten. Die Sumilao Bauern und Bäuerinnen nahmen deshalb die Sache selbst in die Hand und benützten friedliche Mittel, um ihr angestammtes Land, das von San Miguel weggenommen wurde, zurück zu verlangen. Im Jahr 2007 beschlossen 55 Bauern, den 10. Jahrestag des 28-tägigen Hungerstreiks mit einem Marsch über 1700 Kilometer von Sumilao nach Manila zu begehen, um die ihnen zustehenden 144 Hektar Land wieder in Besitz zu nehmen.

Mit der überwältigenden Unterstützung ihres Dorfes in Sumilao machten sich die Bauern und Bäuerinnen auf den Weg. Einige marschierten ohne Schuhe, durch Regen, Schlamm und Hitze, durchschnittlich 30 Kilometer pro Tag. Sie ertrugen Blasen, gingen mit bandagierten und geschwollenen Beinen und gaben doch nicht auf. Für einige waren die emotionalen Härten schwerer zu ertragen als die körperlichen, weil viele der Bauern und Bäuerinnen ihre Familien und geliebten Menschen für 60 Tage verlassen mussten und keine Kommunikation mit ihnen möglich war.

Als sie andere Dörfer und Städte passierten, kamen die Leute heraus um sie zu begrüßen, zu beglückwünschen und ihnen Essen und Wasser zu geben, um so ihre Unterstützung auszudrücken. Die Menschenrechtsanwältin (und spätere Vizepräsidentin) Leni Robredo und der Erzbischof Gaudencio Kar-

dinal Rosales waren die prominentesten Unterstützer\*innen der Bauern und Bäuerinnen.

Die gewaltfreien Proteste, zu denen sich die Sumilao Bauern und Bäuerinnen entschlossen hatten, waren schließlich erfolgreich, und sie konnten das Land ihrer Vorfahren für sich zurück gewinnen. Die landesweite Aufmerksamkeit und die überwältigende nationale Unterstützung für die Bauern und Bäuerinnen trugen dazu bei Druck auf die Präsidentin auszuüben, die daraufhin den rechtmäßigen Anspruch der Bauern und Bäuerinnen auf das Land anerkannte. Die gewaltfreien Aktionen zeigten, dass es für Landlose möglich ist gegen mächtige Gegner\*innen zu bestehen. Durch ihre andauernden gewaltfreien Aktionen konnten sie die Unterstützung mächtiger Institutionen der Zivilgesellschaft, darunter der katholischen Kirche, gewinnen.

Die gewaltfreien Schritte, die die Bauern und Bäuerinnen über ein Jahrzehnt lang setzten, brachten auch verschiedene positive Nebeneffekte mit sich, indem sie z.B. die Gesetzgebung beeinflussten, die Millionen von Bauern und Bäuerinnen betrifft, die Organisation und Mobilisierung der Gemeinschaft erhöhten usw. Aber die Entscheidung für die Gewaltfreiheit hatte auch ihre Rückschläge: Obwohl sie letztendlich erfolgreich waren, benötigten sie viele Jahre dafür. Veränderung gelingt nicht über Nacht, besonders wenn sie durch gewaltfreie Methoden erreicht werden soll, und manchmal dauert sie Generationen. Außerdem fordern gewaltfreie Demonstrationen auch hohe menschliche Tribute: Leben werden verloren oder zumindest stark beeinträchtigt, besonders wenn die Aktionsformen auch sol-





che beinhalten, die der Gesundheit abträglich sein können wie z.B. ein Hungerstreik.

Der Zugang der Sumilao Bauern und Bäuerinnen benötigte Jahre, stellte sich aber am Ende als erfolgreich heraus. Diejenigen, die nach Manila marschierten, taten dies um ihr Land zurück zu bekommen, und nicht um (neues) Land zu erhalten. Als sie mit den 144 Hektar in ihr Dorf zurückkehrten, das den 163 Sumilao Familien gehörte, war das das Ende von Jahren des Leidens, und alle lernten daraus eine wertvolle Lektion: Auch wenn ein Etappensieg erreicht ist, der Kampf geht weiter. Sie setzten den Kampf um ihre Rechte so lange wie nötig fort, und sie hatten gelernt, dass nur durch gewaltfreie Methoden der größtmögliche Erfolg erzielt werden kann.

**PAKISAMA**, die Organisation, bei der Raul Socrates Banzuela („Soc“) arbeitet, widmet sich der Ermächtigung von Kleinbauern und –bäuerinnen in ihrem Streben nach Landreform. In gewaltfreien Methoden geschult wurden sie von AKKAPKA, dem philippinischen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Soc und das Team von PAKISAMA haben die ganze Zeit mit den Sumilao Bauern und Bäuerinnen eng zusammen gearbeitet in ihrem jahrzehntelangen Kampf für eine Landreform, und er betont, dass die Bauern und Bäuerinnen es durch ihre hartnäckigen gewaltfreien Aktionen geschafft haben, soviel Unterstützung zu erhalten und so Veränderung herbei zu führen. Renato Penas, einer der marschierenden Bauern von 2007, erklärte: **„Nichts ist unmöglich, wenn wir geeint aufstehen.“**

**Amela Orlovic studiert Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft an der George Washington Universität macht derzeit ein Praktikum beim Internationalen Versöhnungsbund**

### Zur Situation in den Philippinen

Bei einem Kurzbesuch in Wien hatten Hildegard Goss-Mayr und Pete Hämmerle vom Versöhnungsbund die Gelegenheit, mit Raul „Soc“ Banzuela (National Federation of Peasant Organization) und Maria Estrella „Esther“ Penunla (Asian Farmers’ Association for Sustainable Rural Development) über einige aktuelle Entwicklungen in den Philippinen zu sprechen.

Die wichtigsten Punkte aus diesem Gespräch sind hier zusammen gefasst.

#### Zur Person und Politik des 2016 gewählten Präsidenten Rodrigo Duterte:

Duterte, der Bürgermeister von Davao, erhielt bei den Wahlen rund 16 Millionen Stimmen, über 6 Millionen mehr als der zweitplatzierte Kandidat der Liberalen Partei. Der Wahlsieg war v.a. seinen markigen Sprüchen und seinen Versprechen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität mit eiserner Hand (wie er es in Davao mit Unterstützung paramilitärischer Kräfte, die über 1000 Menschen ermordeten, vorexerziert hatte), aber auch seiner gelungenen Kommunikation von Veränderung und Wechsel und seinem Image des „starken Mannes“ zu verdanken. Inzwischen seien rund 13.000 Menschen dem „Krieg gegen die Drogen“ zum Opfer gefallen, einige bedeutende Kritiker\*innen des Präsidenten landeten im Gefängnis wie Leila de Lima, Institutionen wie der Oberste Gerichtshof oder die Menschenrechtskommission werden in Frage gestellt. Auf der anderen Seite wächst aber auch der Widerstand, und sogar in der eigenen Familie sieht sich Duterte mit Vorwürfen der Verwicklung in den Drogenhandel konfrontiert. Und Duterte wäre nicht der erste Präsident in der jüngeren Geschichte, der durch „People Power“ zu Fall gebracht würde.

#### Zum Krieg gegen den IS in Marawi:

Das zweite bestimmende Thema der letzten Monate waren die Kämpfe um die Stadt Marawi auf der südlichen Hauptinsel Mindanao. Marawi war von Abu Sayyaf, dem philippinischen Ableger des „Islamischen Staates“, erobert worden, worauf die Regierung das Kriegsrecht über Mindanao verhängte und zur militärischen Rückeroberung der Stadt mit Luftangriffen und massiven Angriffen ansetzte, die schließlich im Oktober gelang. Zwischenzeitlich waren 500.000 Einwohner\*innen geflüchtet, tausende fielen dem IS-Terror und den Kämpfen zum Opfer. Die Rolle des Militärs in dieser Auseinandersetzung und die Verhängung des Kriegsrechts werden von den Philippinos/as zwiespältig gesehen – einerseits als Schutz der Zivilbevölkerung in Marawi, andererseits als Gefahr eines ersten Schrittes auf dem Weg zu einem landesweiten Ausnahmezustand. Hier gelte es wachsam zu bleiben und die Opposition gegen die menschenrechtswidrige Politik des Präsidenten durch gewaltfreie Organisation zu stärken.

# Brief aus Afrika

von Maria Biedrawa

Ich muss feststellen, dass innerhalb der letzten zwei Jahre der Demokratisierungsprozess in Afrika um 30 Jahre zurückgefallen ist. Das alles geschieht mit vollem Wissen der sogenannten internationalen Gemeinschaft und steht auf dem sicheren Sockel des Dreier-Bündnisses Militär-Politik-Industrie, dem Bündnis des Todes. Die Friedensaktivist\*innen sind davon besonders betroffen. Sie denunzieren die Ungerechtigkeit, Wurzel aller Gewalt, und die Befehlsketten mit ihren Hauptverantwortlichen. Genozide, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit beginnen nicht mit der Machete in der Hand.

Ein großer Teil meines Engagements spielte sich heuer in Europa ab. Zweimal führte mich mein Weg in die Zentralafrikanische Republik. Zuerst im Jänner. Ich war eingeladen von Radio Maria, einem katholischen Radiosender, dessen Leitmotiv „Radio des Friedens“ heißt. Im Team sind Katholik\*innen und Muslime/a. Während einer Woche bildeten sie sich alle jeden Nachmittag in Gewaltfreiheit weiter mit dem Ziel, eine Sendereihe für die Bevölkerung zu erarbeiten und das Thema auch in Sendungen einfließen zu lassen. Aber da kam der Donnerschlag: Die Regierung zitierte alle Verantwortlichen von privaten Radiosendern zu sich und empfahl ihnen, „sich nicht um Themen zu kümmern, die sie nichts angehen wie Sicherheitsfragen und Gesetzesentwürfe.“ Der Direktor von Radio Maria hat daraufhin gekündigt. Aber das, was einmal in den Herzen der Menschen ausgesät ist, wächst weiter. Am Ende der Woche lud er mich ein, im November in seine Diözese nach Berberati zu kommen. Das wäre eine gute Gelegenheit, seinen Klerus und die Ordensleute seiner Diözese, unge-

fähr 70 Menschen, in Gewaltfreiheit auszubilden.

Berberati ist die Region der Diamanten, des Goldes und von wertvollem Tropenholz. Es ist das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die Piste von Bangui führt weiter nach Kamerun und dort zum Handelshafen Douala. Auf dieser Route werden viele für die gesamte Bevölkerung lebenswichtige Güter transportiert, aber auch alles, was für die Militärs und die humanitären Hilfsorganisationen wichtig ist. Man möchte meinen, dass gerade hier ein guter Straßenzustand prinzipiell im Interesse aller liegt. Die Praxis ist aber anders. Je chaotischer die Situation, je schlechter die Infrastruktur, desto besser für die Ausbeutung der Rohstoffe, sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Großunternehmer und selbst die kleinen Betriebe profitieren davon, wenn Konfliktherde bestehen bleiben. Während der Krise litt auch diese Region durch die Übergriffe der Koalition der Seleka und der Anti-Balaka. Die beiden Milizen haben nicht nur ihre deklarierte Gegenseite bekämpft, sondern auch die Menschen in ihren eigenen Reihen. Tausende Muslime/a fanden während eineinhalb Jahren Zuflucht in katholischen Pfarren und dem Bischofssitz von Berberati. Die Priester und der Bischof stellten sich mehr als einmal vor die Milizen: „Wenn ihr die Flüchtlinge töten wollt, dann müsst ihr zuerst mich umbringen!“ Es ist paradox: Während draußen die Milizen töten, entstehen drinnen tiefe Freundschaften und gegenseitige Achtung.

Um die Spirale der Gewalt zu stoppen und eine neue Grundlage für ein Miteinander-Leben zu schaffen, wollte Bischof Dennis die Fortbildung über Gewaltfreiheit. Einige

Wochen vor der Fortbildung hatte sich die Liste der Geladenen zur Pastoraltagung verlängert. Die Priester würden nicht allein kommen, sondern mit Laien aus ihren Pfarren und mit den evangelischen Pastoren und muslimischen Imams, die jeweils in ihrem Gebiet leben. Er erwähnt, dass es wohl so um die 150 Teilnehmer\*innen sein werden.

Sam Tofa Amouzoun aus Lomé (Togo) ist methodistischer Pastor und hält Seminare über gewaltfreie Kommunikation in gewaltbereiten Lebensumfeldern. Jean-Pierre Massamba aus Pointe Noire (Congo – Brazzaville) ist Jurist. Er ist Gründer der ACAT, einer christlichen Menschenrechtsorganisation gegen die Folter, und vom kongole-sischen Zweig des Versöhnungsbundes. Er hat viel Erfahrung, wie man in Sachen Gewaltfreiheit steuert in einem Land, das unter dem Boden extrem reich und über dem Boden extrem arm ist.

Einige Tage vor der Abfahrt teilt uns Bischof Dennis eine weitere Überraschung mit: er hat vier Chefs der Anti-Balaka getroffen und sie auch eingeladen. Es ist uns bewusst, wie groß die Erwartung ist, die die Menschen haben, und ihre Hoffnung auf einen Neuanfang, auf Frieden.

**Am ersten Tag ist das Thema: das Phänomen Gewalt.** Was können wir ihnen wohl sagen, das sie nicht nur zu gut am eigenen Leib erfahren haben? Nichts, außer vielleicht Worte anbieten, die das, was im Inneren schwelt, nach außen kommen lassen können, Worte, die Abstand schaffen und langsam Ordnung ins Chaos bringen.

**Zweiter Tag : Wie haben gewaltfreie Gruppen in Afrika zu Zeiten bewaffneter Konflikte auf die Situation reagiert?** Ich erzähle



Beispiele aus Burundi. Die Teilnehmer\*innen treffen sich darauf hin in Gruppen nach Pfarren. Die Pastoren und Imams bilden ihre eigene Gruppe. Es ist zu früh sie alle zu mischen. Da müssen wir vorher gewaltfreie Kommunikation lernen. In den Pausen verbringen Sam und Jean-Pierre viel Zeit mit den Anti-Balaka.

**Am 3. Tag ist das Thema Vergebung und Versöhnung in Postkonflikt-Situationen.** Zum ersten Mal gehen in einer Übung Teilnehmer\*innen auf jene im Saal zu, die sie nicht kennen. Vertraulich erzählen uns Menschen in den Pausen ihre Lebens- und Vergebungsgeschichten. Ein 17-Jähriger hat dem Mörder seines Vaters vergeben. Sein Bruder wollte sich rächen und kam dabei ums Leben. Jetzt ist er sich aber nicht mehr so sicher. Er sieht täglich, wie die Kinder des Mörders zur Schule gehen, seine Familie ist durch den Tod des Vaters in große Armut geraten. Diese Ungerechtigkeit bringt ihn in Rage, auch wenn er sich entschieden nicht rächen will. Ein anderer Mann gibt uns zu verstehen, dass derjenige, der ihn verdroschen und ausgeplündert hat, hier im Saal ist. Er möchte ihm gerne öffentlich sagen können, dass er ihm vergeben hat. Am Nachmittag, in der Großgruppe, lösen sich allmählich die Zungen. Menschen, Christ\*innen und Muslime/a, erzählen ihre Geschichte. Ich danke Gott, dass Sam mit uns ist. Er hat Erfahrung mit den öffentlichen Audienzen der togolesischen Kommission für Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung. Was wir zu hören bekommen ist von unvorstellbarer Brutalität. Mit einigen einfachen und treffsicheren Worten stellt Sam die Rahmenbedingungen her für das, was jetzt geschieht, und gibt dem Ganzen, so schmerzlich es auch ist, Sinn. Im Moment geht es nicht darum zu vergeben oder sich zu versöhnen, sondern darum, mit sei-

ner Geschichte erst einmal gehört zu werden. Sam und Jean-Pierre verbringen ihre Pausen oft mit den Anti-Balaka. Das Gesicht ihres Chefs wirkt zunehmend nachdenklicher.

**Der vierte und letzte Tag ist dem Thema «Religionen und Gewaltfreiheit» gewidmet.** Ein Imam beginnt mit der Erklärung des Koran. Sam bringt die Beispiele seiner methodistischen Kirche, die eine klare Option für Gewaltfreiheit lebt. Jean-Pierre erzählt, wie sein Glaube in schwierigen Situationen sein Engagement erhellt und stützt und wie auch sein Engagement seinen Glauben herausfordert und vertieft. Das ist der letzte Beitrag, bevor am Nachmittag Bischof Dennis eine Schlussrede halten wird und wir gemeinsam zur Messe gehen.

Doch da bitten uns zwei Personen zu Beginn des Nachmittagsprogrammes, sich an die Teilnehmer\*innen richten zu können. Und so hören wir dem Priester zu, der zuvor seinen Angreifer, einen Anti-Balaka, getroffen hatte; er erzählt uns die schmerzliche Geschichte und schließt mit einem Wort der Vergebung. Er fügt sogar hinzu: Hab keine Angst vor mir, und wenn du etwas brauchst, komm. Im Saal breitet sich eine Stille aus. Es wäre um soviel einfacher, wenn all diese Übeltäter ihr Unrecht eingestehen und ein Versprechen ablegen würden, nie mehr zu den Waffen zu greifen. Vergebung ersetzt nicht Gerechtigkeit, sie ist völlig frei und bedingungslos. Sie kommt, wenn die Zeit reif ist.

Die zweite Person, die das Wort ergreift, ist Freddy, der Chef der Anti-Balaka. Wir halten alle den Atem an. Er bittet uns zuerst aufzustehen zu einer Gedenkminute für die Opfer dieses Krieges. Durch diese Geste gesteht er seine und die Schuld der Anti-Balaka ein. Anschließend sagt er uns: „Wir hätten nie geglaubt, dass die Gewalt

so weit gehen würde, und niemand, wirklich niemand, in der Lage sein würde sie zu stoppen. Wir haben erst jetzt bemerkt, wie sehr wir manipuliert wurden.“ Und er beginnt, um Vergebung zu bitten mit sehr persönlichen Worten für jede Gruppe von Menschen, denen sie Leid zugefügt hatten. In der Mittagspause hatte er mit den anderen Anti-Balaka-Chefs der Region telefoniert. Sie schließen sich ihm und seiner Vergebungsbitte an. Sie werden die Waffen niederlegen und bitten ihrerseits nur um Eines: dass wir sie nicht mehr Anti-Balaka nennen, denn von heute, von diesem Moment an, seien sie es nicht mehr.

Isaïe, der Generalvikar, geht spontan auf ihn zu und hält ihm seine offenen Hände hin. Die Imams erwarten Freddy am Fuß des Podiums und nehmen ihn, einer nach dem anderen, in ihre Arme. Andere Teilnehmer\*innen kommen auch auf Freddy und seine Gefährten zu und umarmen sie.

Ich verneige mich vor diesen Männern und Frauen, die fähig sind Vergebung zu erbitten und sie zu gewähren, nicht für kleinere Unhöflichkeiten, sondern für Dinge, die sie ganz existenziell betreffen. Mir kommt das Wort „existenzielle Vergebung“. Ich verneige mich auch vor all jenen, die sich auf den Weg machen und sich dem Kampf um Vergebung und Versöhnung stellen, die bereit sind, um die Wahrheit zu ringen. Ich verneige mich vor dem Geist Gottes, der in solchen Momenten weht und Türen von innen aufgehen lässt. Was können wir da anderes sagen als „singila mingi“ – Danke, ein Danke so groß und tief und breit und hoch wie das Universum und der Geist, der es erfüllt.

Brief unter: <http://bit.ly/2Adr5KY>

**Maria Biedrawa ist Friedensberaterin und Mitglied des Int. Versöhnungsbundes in Frankreich.**



# Eindrücke aus Ruanda 23 Jahre nach dem Genozid

Interview mit Manès Kerschbaumer

**Du warst im September dieses Jahres in Ruanda. Was hat dich zu dieser Reise veranlasst?**

Eigentlich wollte ich mit einem Freund, der Fotograf ist, zum Vulkan Nyiragongo in der Demokratischen Republik Kongo reisen. Aber die Einreise in den Kongo ist wegen des Bürgerkrieges nicht so einfach. In die Gegend, wo wir hinwollten, kann man nur über Ruanda einreisen. Wir wollten nicht mit einer organisierten Reise in den Kongo fahren, sondern selbständig reisen. Das hat sich als nicht sehr schlau herausgestellt, aber wir hatten Gelegenheit, Ruanda etwas näher kennenzulernen.

Über meine Arbeit im Fundraising-Sektor bin ich sehr viel im Nonprofit-Bereich tätig. Es gibt ein paar Hilfsorganisationen, für die wir vorher schon gearbeitet hatten, u.a. betreuten wir für CARE und UNICEF Projekte in Ruanda und Burundi. Vorort besuchten wir dann Projektorte. Vieles bestätigte sich, Vieles regte aber auch sehr stark zum Nachdenken an. Das Bild, das über Afrikaner\*innen transportiert wird – also der Afrikaner mit dem Blähbauch, der arm und hilflos ist und zu blöd zum Lesen und Schreiben – das ist vielen Leuten vor Ort überhaupt nicht recht. Das sind aber die Bilder, mit denen ich die letzten zehn Jahre gearbeitet habe, weil es mein Job ist, Menschen auf der emotionalen Ebene zu erreichen. Dann kam ich in ein vorbildliches Projektland, wo sehr viel weitergegangen ist, und wurde damit konfrontiert, dass ich mitverantwortlich bin für eine gewisse Wahrnehmung über einen ganzen Kontinent, die nicht zutreffend ist. Dieses Bild gibt den Menschen nicht die Möglichkeit, nach außen würdevoll aufzutreten. Diesen

Aspekt sehe ich seit der Reise besonders kritisch.

**Was hast du über den Versöhnungsprozess in Ruanda mitbekommen? Wie sieht das Zusammenleben 23 Jahre nach dem Massaker aus?**

Da muss ich etwas weiter ausholen, damit man die Dimension begreift, wie sehr mich das Erlebte berührt hat. Als Österreicher wächst man ja selbst mit einer Vergangenheitsschuld auf und man kommt nicht herum, sich mit dem Thema Genozid auseinander zu setzen. Das Thema prägt uns stark und ist ein Teil von uns. Ich habe Zeitzeug\*innen getroffen und habe eine Vorstellung über den Horror und die Grausamkeit, die damals in Österreich geherrscht hat. Trotz dieses Wissens und der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte hat mich die Dimension des Genozids in Ruanda sehr getroffen. 1994 lebten in Ruanda 13 Mio. Menschen und in dieser jungen Demokratie gab es ganz viele Spannungen. Wenn man bedenkt, dass von diesen 13 Mio. Menschen innerhalb von nur 100 Tagen eine Million getötet und viele weitere Hunderttausende auf die schlimmste Art misshandelt wurden, ist das in der Verhältnismäßigkeit nochmals eine andere Dimension. Im Unterschied zu unserem eigenen geschichtlichen Bezug ist der Genozid in Ruanda sehr sichtbar, nämlich in den vielen entstellten und vernarbten Gesichtern der Menschen.

Die Menschen sprechen aber nicht gerne über den Genozid. Das geht Hand in Hand mit dem Transportieren von gewissen Bildern nach außen. Wenn man mit Europäer\*innen über Ruanda spricht, ist das erste, das allen einfällt, der Geno-

zid. Die Wenigsten sprechen darüber, wie fortschrittlich das Land in vielen Bereichen ist und wie groß die Bemühungen dafür sind, dass die Menschen Ruandas nicht am Genozid gemessen werden, sondern an dem, was sie weiterbringen möchten.

Der Genozid wird aber auch nicht tabuisiert. Es gibt überall Gedenktafeln, es gibt ein großes Museum, wo sich Hutus und Tutsis treffen und gemeinsam die Gräber besuchen. Das Museum ist eine Begegnungsstätte und bietet den Leuten die Möglichkeit, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. An der Wertigkeit des Museums und daran, wie viel Geld hier investiert wurde, merkt man, dass es ganz wichtig war, den Genozid nicht totzuschweigen, sondern sich damit auseinanderzusetzen.

Aber die Menschen wollen eben auch nicht am Genozid gemessen werden. Das ist auch verständlich, denn die Versöhnung nach diesem heftigen Bürgerkrieg war ein großer kultureller Kraftakt – als Europäer\*innen wissen wir, dass Versöhnung eine große Herausforderung ist. Es gibt in Ruanda auch viel, von dem wir - mit all unseren europäischen Werten und unserem Humanismus - lernen können: Im Parlament gibt es z.B. einen Frauenanteil von 64 Prozent. Nach dem Genozid wurden rund 200.000 Menschen von Gerichten verurteilt, 97 Prozent davon waren Männer. Dass jetzt 64 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen sind, ist gewaltig und unterstreicht, wie wichtig es ist, wenn nicht immer die Männer an den Hebeln der Macht sitzen.

Einmal im Monat gibt es einen sozialen Tag im Land, an dem sich Menschen engagieren. Es werden



Straßen gesäubert, Kinder in Waisenhäusern unterstützt, Bauern und Bäuerinnen am Feld geholfen u.s.w. Es ist sehr beeindruckend, dass man es so schafft, unbürokratisch Lösungen für Probleme zu finden, und die Menschen spüren eine große Verpflichtung, an diesem Tag teilzunehmen. Die Leute sind auch sehr stolz auf ihr Land und darauf, was sie seit dem Bürgerkrieg weitergebracht haben. Als wir abgeflogen sind haben uns die Leute gebeten, in zehn Jahren wiederzukommen um zu sehen, was bis dahin schon alles erreicht sein wird.

**Du hast dich auch mit den Hintergründen des Konflikts beschäftigt?**

Ja, Auslöser dafür war der Besuch des Genozidmuseums in der Hauptstadt Kigali. Ich habe auch in Europa verschiedene Konzentrationslager wie Auschwitz oder Mauthausen besucht und habe begriffen, welche Dimensionen ein Genozid hat, wie viele Menschen an der strukturellen Planung eines Genozids beteiligt sind. Im Genozidmuseum in Ruanda sind auch viele Videoaufnahmen zu sehen, z.B. davon, wie Menschen in Stadien oder Kirchen zusammengetrieben und dann Handgranaten in die Menge geworfen bzw. die Menschen erschossen wurden. Es gibt auch Aufnahmen von Vergewaltigungen. Es ist ganz viel Material da, das das Ausmaß der Gewalt zeigt. Das Museum beschäftigt sich aber auch mit Genoziden in anderen Ländern auf der ganzen Welt, ich habe da viel lernen müssen über das gewaltige Ausmaß von dem, was so alles passiert ist. Das furchtbare Gemeinsame der Genozide ist, wie viele Menschen sich darüber Gedanken machten, wie man andere Menschen effektiv vernichten kann. Es ist unbegreiflich, dass Menschen dieses Potenzial in sich tragen.

Ich habe im Museum auch die Radiopropaganda gehört und Zeitungsartikel gelesen, die dem Genozid vorangegangen sind. All das sieht so aus wie die Übersetzung der antisemitischen Parolen aus den 30er-Jahren bei uns, übertragen auf Ruanda, mit denselben Darstellungen von verzerrten Gesichtern mit übergroßen Lippen, mit denselben Aufrufen, bei den anderen nicht mehr einkaufen zu gehen und die Kinder nicht mehr in gemeinsame Schulen zu schicken. Also dasselbe faschistische Gedankengut 1:1 übersetzt.

**Du hast ja auch Projekte von Hilfsorganisationen besucht. Was hast du dort für Erfahrungen gemacht?**

In Ruanda habe ich gesehen, dass es wirklich sinnvoll ist, wenn sich Hilfsorganisationen engagieren. Es funktioniert aber nur, wenn die Menschen diese Hilfe auch wollen und die Bereitschaft zum Zusammenleben da ist.

Wir waren ja auch einen Tag in Goma im Kongo und haben dort übernachtet. Dort ist eine Dimension an Hass und Gewaltbereitschaft spürbar, die durch Mark und Bein geht. Wir wurden aufs Schlimmste beschimpft und beleidigt und hatten wirklich Angst. Auf dem Weg zum Nyiragongo hatten wir Kontrollen von Rebellen Gruppen und einmal wurde unser Fahrer aus dem Auto geholt und mit der Waffe bedroht. Jeder ist dort bewaffnet und in der Nacht sind Schüsse zu hören. Auch im Kongo sind Hilfsorganisationen tätig, aber die Hilfe funktioniert eben nur, wenn sie willkommen ist.

Viele meinen, dass die Hilfe in Ruanda deswegen so gut funktioniert, weil der Schock über den Genozid tief sitzt und die Menschen so etwas nie wieder erleben möchten. Wenn man sich statistischen Zahlen von vergleichbaren

Ländern ansieht, dann ist beispielsweise die Analphabetenrate in Ruanda mit unter 20 Prozent niedrig. Das ist sicher ein Ergebnis der Entwicklungszusammenarbeit, die in starkem Maß auch den Frauen zugute gekommen ist. Es gibt ein Bewusstsein, dass Frauen in entscheidende Positionen kommen müssen, es gibt aber auch eine große Zahl von Frauenhäusern. Ich glaube, dass ein starker Zusammenhang zwischen der Förderung von Frauen und einer nachhaltigen Entwicklung besteht, u.a. durch das Transportieren von Wissen innerhalb familiärer Strukturen.

Abgesehen von den Bildern, die transportiert wurden und mit denen sich das Land nicht identifizieren kann, wurde infrastrukturell ganz viel vorgebracht. Das zeigt, dass das Investieren in Entwicklungshilfeorganisationen kein Tropfen auf den heißen Stein ist, sondern das Leben von vielen Millionen massiv verändert und eine Basis dafür schafft, dass die Menschen in Würde leben können.



*Nationales Symbol der Versöhnung im Genozidmuseum*  
Foto: Manès Kerschbaumer

Manès Kerschbaumer ist Kampagnen-Manager in einer Fundraising-Agentur und Mitglied im Versöhnungsbund

## Konferenz für eine atomwaffenfreie Welt im Vatikan

von Nadja Schmidt

Von 10. bis 11. November 2017 lud Papst Franziskus Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft, von Staaten und internationalen Organisationen zu einer hochrangigen Konferenz über nukleare Abrüstung in den Vatikan ein. Das Thema, **„Perspektiven einer Welt frei von Nuklearwaffen und für vollständige Abrüstung“**, spiegelt die friedenspolitische Position des Heiligen Stuhls wider. Neben menschlicher Entwicklung und Frieden ist Abrüstung eine grundlegende Komponente einer friedlichen Welt. Ein besonderer Fokus lag darum auf Nuklearwaffen.

Nadja Schmidt nahm für ICAN Austria an dieser Konferenz teil.

Eingeladen waren auch Friedensnobelpreisträger\*innen: ICAN's Executive Director Beatrice Fihn, der ehem. IAEO-Generalsekretär Muhammad El Baradei, Jodie Williams, Muhammad Yunus, Adolfo

Pérez Esquivel und Mairead Corrigan-Maguire. Weitere Sprecher\*innen der Konferenz waren zum Beispiel NATO-Vize-Generalsekretärin Rose Gottemoeller und die österreichischen Diplomaten Thomas Hajnoczi und Thomas Stelzer. Die hochrangigen Gäste wurden auch vom Papst empfangen.

### Der Heilige Stuhl über nukleare Abschreckung

Nukleare Abschreckung ist keine effektive Antwort auf die aktuellen Bedrohungen des Weltfriedens wie Terrorismus, Cyberkriminalität oder Armut – ein begründeter Zweifel, auf den auch ICAN immer wieder aufmerksam macht.

In seiner Rede zu den Teilnehmer\*innen der Konferenz verurteilte Papst Franziskus den Besitz von Nuklearwaffen – eine bemerkenswerte Zuspitzung der Position der katholischen Kirche.

**„Massenvernichtungswaffen, insbesondere Nuklearwaffen, kreieren nichts als ein falsches Gefühl von Sicherheit.“**

Der Vatikan ist immer schon für die Abschaffung von Nuklearwaffen eingetreten. Der Besitz und die Abschreckungspolitik wurden bisher jedoch in limitierten Fällen akzeptiert:

– 1963, Enzyklika „Pacem in Terris“: *Eine minimale nukleare Kapazität zur Abschreckung eines nuklearen Angriffs ist vorübergehend, bis vollständige Abrüstung verwirklicht ist, ethisch akzeptierbar.*

– 1982, Papst Johannes Paul II: *Nukleare Abschreckung ist als Zwischenschritt hin zu progressiver Abrüstung moralisch akzeptierbar.*

Unter Papst Franziskus hat die katholische Kirche ihre Position – vor allem hinsichtlich der Moralität von Abschreckung – überarbeitet:



Vertreter\*innen von ICAN im Vatikan

Foto: ICAN Austria





- 2014: *Die Verwendung von Nuklearwaffen ist absolut verboten.*
- 2014, Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen: *Der Verlass auf eine Strategie, die auf Nuklearwaffen basiert, hat zu einer unsicheren Welt geführt; alle Staaten sollten darüber nachdenken, ob Abschreckung eine stabile Basis für den Frieden darstellen kann.*

Im November 2017 schließlich, bei seiner Rede anlässlich der Abrüstungs-Konferenz des Vatikans, sprach Papst Franziskus die Frage des Besitzes von Nuklearwaffen direkt an: „Wird das Risiko einer unabsichtlichen Detonation von Nuklearwaffen in Betracht gezogen, muss sowohl die Androhung eines Einsatzes als auch ihr Besitz verurteilt werden. Auf Grund der humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen und dem damit erweckten falschen Eindruck von Sicherheit, muss der Besitz dieser Waffen verurteilt werden.“

### Der Heilige Stuhl und der Verbotsvertrag

Bereits am Tag der Bekanntgabe der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN würdigte der Vatikan die Entscheidung des norwegischen Nobelpreiskomitees:

„**Es ist Zeit, nukleare Rüstung zu stoppen und die Waffen zu zerstören**“, erklärte der Sekretär der für Friedensfragen zuständigen vatikanischen Behörde für ganzheitliche Entwicklung, Bruno Duffe am 6. Oktober und verwies auf die moralische Verantwortung von Politiker\*innen und Wissenschaftler\*innen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Heiligen Stuhl und ICAN geht zurück auf die humanitäre Initiative, die auf die humanitären Konsequenzen und die Auswirkungen auf die Umwelt eines jeglichen Einsatzes von Nuklearwaffen aufmerksam gemacht hat. Die

Sorge über diese Konsequenzen teilt auch der Vatikan, der als einer von drei Staaten den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen bereits ratifiziert hat.

Während der Konferenz wiesen zahlreiche Sprecher\*innen auf die Bedeutung des Verbotsvertrags hin und hoben seine Bedeutung für den Aufbau einer Norm gegen den Besitz von Nuklearwaffen hervor.

Papst Franziskus bekräftigte, dass die Verbotsnorm im Vertrag eine „**bedeutende juristische Lücke schließt**“, ähnlich wie zuvor bei Chemie- und biologischen Waffen sowie Landminen, die bereits durch

einen internationalen Vertrag verboten sind.

Der Verbotsvertrag wurde bisher von 53 Staaten, darunter Österreich, unterzeichnet und tritt nach der 50. Ratifikation in Kraft. Die Konferenz im Vatikan bot die Möglichkeit das Momentum für den Verbotsvertrag aufrecht zu erhalten und abermals die Bedeutung der nuklearen Abrüstung zu betonen. ICAN Österreich wird sich auch in den nächsten Monaten verstärkt dafür einsetzen, dass mehr Staaten den Vertrag unterzeichnen und ratifizieren, damit er möglichst bald in Kraft tritt.

## AKTIV SEIN IM VERSÖHNUNGSBUND!

• **MITGLIED WERDEN!** – Als Mitglied beim Internationalen Versöhnungsbund, österreichischer Zweig, setzt du ein Zeichen für die **Gewaltfreiheit**. Du bekommst am Anfang des Jahres unseren Jahresbericht und vierteljährlich unsere Zeitschrift „Spinnrad“ zugesandt. Außerdem halten wir dich durch unseren monatlichen Email-Newsletter sowie durch Veranstaltungstipps auf dem Laufenden, damit du immer weißt, was bei uns im Moment los ist (Mitgliedsbeitrag: €45, ermäßigt: €30 pro Jahr).

❖ **Bist du noch kein Mitglied?**

Unter <http://www.versoehnungsbund.at/mitglied-werden/> kannst du das ändern!

❖ **Du bist bereits Mitglied?** Vielleicht kennst du ja Menschen, die ebenfalls an Gewaltfreiheit interessiert sind und beim VB Mitglied werden oder das „Spinnrad“ abonnieren wollen!

• **SPENDEN!** - Eine Spende ermöglicht unsere Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte! Als unabhängiger Verein wird die Arbeit des Versöhnungsbundes zum größten Teil durch Beiträge und Spenden unserer Mitglieder, Förderer und Förderinnen finanziert, dabei **zählt jeder Beitrag** (Kontoinformationen können dem beiliegenden Zahlschein entnommen werden)!

• Möglichkeiten zur **freiwilligen MITARBEIT!** - Wir freuen uns immer über Menschen, die sich mit ihren Interessen und Fähigkeiten bei uns einbringen wollen. Wir freuen uns über helfende Hände – auch wenn die Mitarbeit nur gelegentlich stattfindet. Nähere Auskünfte dazu geben wir gerne auf Anfrage!

**E-mail:** [office@versoehnungsbund.at](mailto:office@versoehnungsbund.at)

**Tel.:** 01 - 408 5332

# Vertreibung bedeutet eine spirituelle Diaspora

von Katherine Hinman

Die Geschichte der Friedensgemeinde San José de Apartadó zeigt die enorme Bedeutung des friedlichen Protests und Kampfes um das Recht auf Land und soziale Gerechtigkeit in Kolumbien. In den 20 Jahren ihres Bestehens hat sie viel internationale Anerkennung und Unterstützung für ihren Einsatz erhalten.

Die Gemeinde befindet sich in Urabá, einer strategisch wichtigen Zone im bewaffneten Konflikt Kolumbiens, der bereits seit Jahrzehnten das Land beherrscht. Die Bauern und Bäuerinnen dieser Region leben bereits seit langem in einem Gebiet, das unter der sozialen Kontrolle von bewaffneten Akteur\*innen steht. Die linksgerichtete Guerilla-Bewegung FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo – Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) hatte dort bis zum Abschluss des Friedensvertrages die territoriale Kontrolle und viele der Bauern und Bäuerinnen wurden von der Regierung beschuldigt, Mitglieder der FARC zu sein. Die paramilitärische Gruppe AUC (Autodefensas Unidas de Colombia - Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens), die gegen die Guerilla kämpfte und Verbindungen zur politischen Rechten sowie zu multinationalen Konzernen pflegte, begann Ende der 1990er Jahre ihren Machtbereich in die Region Urabá auszuweiten. Gewaltsam vertrieben sie 1997 die Bauern und Bäuerinnen von San José de Apartadó. Viele Menschen aus der Region flüchteten in die großen Städte wie Medellín oder Bogotá. Die Mitglieder der Friedensgemeinde allerdings beschlossen in Urabá zu bleiben und zahlten dafür einen hohen Preis – mehr als dreihundert Menschen starben in Folge der Gewalt im

Konflikt. Obwohl die Erinnerungen an den Krieg und die Familienmitglieder, die getötet wurden, unglaublich schmerzhaft sind, ist der Gedanke daran, das Land zu verlassen noch schrecklicher. Sie wollen weiterhin auf ihrem Land bleiben, selbst wenn das bedeutet, ihr Leben dafür lassen zu müssen.

Die Gemeinde wurde 1997 gegründet, als fast alle Bauern und Bäuerinnen von San José de Apartadó durch Drohungen der Paramilitärs vertrieben wurden. Sie zogen in das kleine Dorf San José de Apartadó, eineinhalb Stunden von ihren Fincas entfernt. Dort endet die Straße, die die Menschen nehmen, um in die Stadt Apartadó zu gelangen. In die umliegenden Dörfer gibt es keine gepflasterten Straßen. Dorthin gelangt man auf dem Pferd oder zu Fuß.

Ich sprach mit Raúl, der bereits von Anfang an ein Mitglied der Gemeinde war, über die Zeit der Vertreibung. Er ist ein Mann von 78 Jahren, aber immer noch in guter körperlicher Verfassung. Auf dem Weg zu seinen Feldern kommt er jeden Tag an unserem Haus und auf einen Kaffee vorbei und erzählt uns von seinem Leben und der Geschichte der Gemeinde. Wenn er zu erzählen beginnt, vermischen sich die Geschichten des Krieges, die in seinem Kopf überlebt und sich zu einer langen Geschichte des Grauens verdichtet haben.

**„Während der langen Zeit der Gewalt (la violencia) mussten wir uns in den Bergen verstecken ...“**

**„In den 70er Jahren?“**

**„Nein nein, ich meine la violencia von 1947 ...“**

Laut Raúl waren die Einwohner\*innen von La Unión 1997 die letzten, die aus den Bergen flüchteten.

Die Paramilitärs streiften durch das Dorf und klapperten ein Haus nach dem anderen ab. Sie befahlen den Leuten, innerhalb von fünf Tagen das Dorf zu verlassen, sonst würden sie sterben. Die Bauern und Bäuerinnen aus La Unión beschlossen, nach San José zu gehen. Das Militär kam ihnen nicht zu Hilfe, im Gegenteil, sie verfolgten die Landbevölkerung ebenfalls und unterstellten ihr, der Guerilla anzugehören. Ich fragte ihn, wie er sich während dieser Zeit gefühlt hatte. „Die Angst hatte jede\*n in ihrer Gewalt“, sagte er und seine Hände begannen zu zittern. In der Zeit der Vertreibung lebten die Menschen ständig mit der Angst um ihr Leben und unter Bedingungen, die ihre Gesundheit massiv beeinträchtigten. Raúl erzählte mir von Krankheiten wie Malaria, die sie alle hatten, und auch von dem Hunger, den sie erlebten.

Nach der Vertreibung kontrollierten bewaffnete Akteur\*innen die Region, die Bäuerinnen und Bauern konnten daher ihre Felder nicht ohne Angst ins Kreuzfeuer von Kämpfen zu geraten bewirtschaften. Von Beginn an hatte die Friedensgemeinde aber die Unterstützung der Kirche und des Roten Kreuzes, die sie begleiteten, damit die sie wieder auf die Felder gehen konnten. An diesem Punkt der Geschichte merkte ich, dass Raúl sichtlich bewegt war. Er lächelte ein wenig. Er sagte stolz, dass sie damals die Friedensgemeinde gründeten, um dem bewaffneten Konflikt mit einem entschiedenen „Nein“ zu begegnen und ihren Werten des Pazifismus und der Gemeinschaft zu folgen. Obwohl es sehr schwierig war, gewann die Friedensgemeinde viel Respekt von der internationalen Gemeinschaft für ihren Mut, der Gewalt zu



widerstehen. Die internationale Begleitung durch Organisationen wie die Kirche, das Internationale Rote Kreuz oder Fellowship of Reconciliation Peace Presence - FORPP motivierte ihn und den Rest der Gemeinschaft, ihr Land wieder zurückzugewinnen.

An einem anderen Tag sprach ich mit Bella, einem Mitglied der Gemeinde, die lange Zeit eine wichtige Position als Führungsperson innehatte, aber nun aufgrund gesundheitlicher Probleme weniger Verantwortung übernimmt. Als ich nach der Vertreibung durch die Paramilitärs 1997 fragte, lächelte sie und suchte nach einem Grund, nicht darüber zu sprechen. Doch als sie dann doch zu sprechen begann, sprudelten die Worte aus ihr heraus wie ein Wasserfall: **„Es war sehr hart, sehr hart ... wir hatten viel Angst; die Armee war ständig um das Dorf herum stationiert und niemand konnte es verlassen ... man konnte von den bewaffneten Akteur\*innen nichts Gutes erwarten, weder vom Militär, dem Paramilitär oder der Guerilla ... wenn man mit bewaffneten Akteur\*innen lebt, die dir Schaden zugefügt haben, ist es ein Graus.“**

Bella erklärte, dass die Regierung die Bäuerinnen und Bauern nach ihrer Vertreibung als Kriminelle behandelte. Sie beschrieb auch, wie sie ihre Häuser nicht verlassen konnten, um zu arbeiten, weil das Militär sie einschüchterte. Viele Familien lebten zusammen, jede in einem kleinen Raum in einem verlassenen Gebäude im Dorf San José. Sie mussten gespendete Nahrung annehmen, weil sie nicht wie früher ihre Nahrung anbauen konnten. Viele Menschen erkrankten. Sie fühlte sich wie eine Gefangene, obwohl sie kein Verbrechen begangen hatte. Einige hatten die Hoffnung auf eine Rückkehr verloren, weil die Angst sie überwältigt hatte. Als Gemeinschaft jedoch

konnten sie sich organisieren und zur Arbeit zurückkehren.

Bella erklärte mir, dass man anfängt anders zu denken, wenn man sich mit anderen in einer Gruppe organisiert, weil man als Einzelne\*r nichts ausrichten kann. Als sie ein Jahr nach der Vertreibung ihre Rückkehr nach La Unión begannen, war alles anders als vorher. Die Mitglieder der Friedensgemeinde schufen ein System des Selbstschutzes, trotzdem konnten viele aus Angst nicht schlafen. Sie mussten zusammenarbeiten und begannen, mehr als Kollektiv zu denken statt als Individuen. Ich fragte Bella, ob sie noch immer von der Vertreibung betroffen sei. Sie sagte ja, sie denke viel darüber nach, dass die Situation immer noch instabil ist und die Gefahr einer erneuten Vertreibung besteht. Der Druck von Seiten der bewaffneten Gruppierungen bestehe nach wie vor und Aussicht auf eine baldige Lösung gebe es keine.

Ich fragte sowohl Raúl als auch Bella, ob sie jemals daran gedacht hatten, die Region zu verlassen. Wäre es einfacher, in die Stadt oder in ein anderes Dorf zu ziehen? Beide hatten darauf eine klare Antwort, wie viele andere Mitglieder der Gemeinde auch: Nein, sie wollen nicht gehen, denn hier ist ihr zu Hause. Sie mögen die Stadt nicht und leben lieber dort, wo sie mit der Natur, ihren Tieren und ihren Familien leben können.

Bella sagte: **„Ich bin von hier. Das ist mein Land. Es ist schwierig es aufzugeben, da ja hier alles wunderbar gedeiht. Aber mehr als das ist es auch so, dass man sich in einen Platz verliebt ... Hier sind meine Wurzeln, hier habe ich das Gefühl der Zugehörigkeit, meine Familie. Meine Eltern kamen hierher und blieben, und ich selbst habe hier vier Kinder geboren.“**

Ich als Ausländerin kann den Kampf der Bauern und Bäuerinnen für den Verbleib auf ihrem Land nur bewundern. Es beeindruckt mich jeden Tag, doch für sie ist es selbstverständlich geworden, dafür kämpfen zu müssen - weil sie Bauernfamilien sind und ihre Identität, ihr Leben, ihr zu Hause mit diesem Land verbunden sind. Hier sind ihre Familien, ihre Freund\_innen, die alle gekämpft haben, um hier bleiben zu können. Die Erinnerungen an diese Menschen sind immer da, wenn sie auf ihren Feldern arbeiten oder wenn sie am Grab ihrer Großeltern voreingehen. Und darum wollen sie weiterkämpfen und auch, dass ihre Kinder weiterkämpfen. Wegen dieser Verbindung, die sie mit diesem Land haben, kämpfen sie für etwas Größeres als ihr eigenes Leben. Das heißt, die gewaltsame Vertreibung von ihrem Land ist mehr als ein Umzug in ein anderes Dorf oder eine andere Stadt. Die Vertreibung schafft nicht nur eine physische Verdrängung, sondern eine spirituelle Diaspora, weil unser Leben über die rein physische Existenz weit hinausgeht.



Katherine Hinman studierte Friedens- und Konfliktforschung an der Universität von Kalifornien in Berkeley. Seit Dezember 2016 arbeitet sie als Schutzbegleiterin im Team von FORPP.

Übersetzung: Laetitia Sengseis



# Bücher \* Bücher \* Bücher \* Bücher \* Bücher

**War Resisters' International (Hg.): Handbuch für gewaltfreie Kampagnen;** 2017, Verlag Graswurzelrevolution, ISBN 978-3-939045-32-8, € 18,90



Seit kurzem liegt die deutsche Ausgabe der 2. Auflage dieses Handbuchs vor, in dem die Autor\*innen von WRI eine Fülle von Anregungen, Materialien und Fallstudien zum Thema gewaltfreie Aktion ganz praktisch vorstellen. Im Einzelnen werden Grundbegriffe der Gewaltfreiheit, die Entwicklung von Strategien für Kampagnen, die Organisation effektiver Aktionen, Fallstudien gewaltfreier Aktionen sowie Trainings und Übungen dargestellt und zur Nachahmung empfohlen. Die grundsätzlichen, theoretischen Inputs werden mit ansprechenden Grafiken sowie praktischen Beispielen und Übungen illustriert, die Beispiele aus den letzten 40 Jahren (z.B. Südafrika, Südkorea, Türkei, Friedensgemeinde SanJosé de Apartadó in Kolumbien) machen Mut und zeigen, wie organisierte gewaltfreie Aktion erfolgreich war und ist.

Eigentlich ist dieses Buch eines zum Ausprobieren, nicht (nur) zum

Lesen. Allen, die sich für gewaltfreie Aktionen interessieren bzw. solche selbst planen und durchführen wollen, kann es als „Pflichtlektüre“ wärmstens empfohlen werden.

**Sebastian Kalicha: Gewaltfreier Anarchismus & anarchistischer Pazifismus. Auf den Spuren einer revolutionären Theorie und Bewegung;** 2017, Verlag Graswurzelrevolution ([www.graswurzel.net/verlag](http://www.graswurzel.net/verlag)), ISBN 978-3-939045-30-4; € 16,90



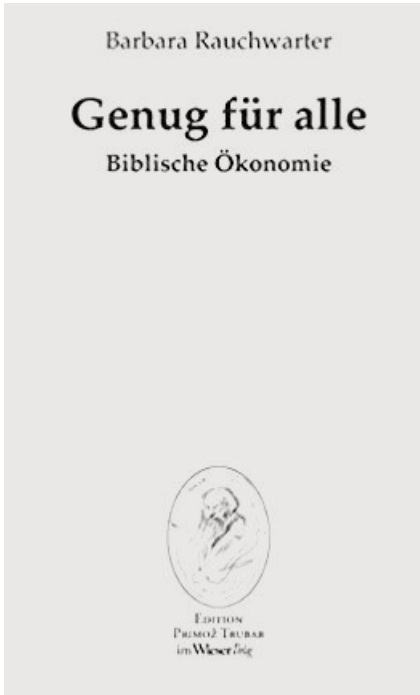
„Das Ziel – die Anarchie – ist eine Gesellschaftsordnung, die von Solidarität, Herrschaftslosigkeit, freiwilliger Kooperation und Assoziation, bedürfnisorientiertem Wirtschaften, gegenseitiger Hilfe und Gewaltfreiheit geprägt ist.“ (S. 17) So beschreibt Sebastian Kalicha in seinem neuen Buch mit „Einführungscharakter“ den Anarchismus und wird dem Anspruch einer Vorstellung des breiten gewaltfreien Flügels dieser Bewegung auf 280 Seiten durchaus gerecht. Im ersten Teil stellt er theoretische Grundlagen und wertvolle Begriffsklärungen dar, wie z.B. die Ziel-Mittel-

Relation, die vorwegnehmende Politik (oder „konstruktive Alternative“ im Versöhnungsbund-Sprachgebrauch), die Gewalt- und Herrschaftskritik oder die soziale und gewaltfreie Revolution. Es folgen 54 Kurzporträts mehr oder weniger bekannter Anarchist\*innen, von de La Boétie, Thoreau, Gandhi und Tolstoi bis zu Bertrand Russell, Aldous Huxley, Dorothy Day, A.J. Muste und Howard Clark, von denen viele dem Internationalen Versöhnungsbund und den War Resisters International nahestanden. Der dritte Teil ist dem gewaltfreien Anarchismus/anarchistischen Pazifismus und seinem Einfluss auf politische und soziale Bewegungen, Gruppen und Projekte gewidmet, wie etwa in jüngerer Zeit der Pflugscharbewegung, der Occupy-Bewegung oder ökologischen, tierschützenden und antimilitaristischen Strömungen. Abgerundet wird der Band durch eine ausführliche Bibliographie mit Hinweisen auf Standardwerke des Anarchismus wie der Gewaltfreiheit.

Was auffällt, wenn man die Porträts durchliest, ist, dass sich v.a. in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts auch einige Namen aus Österreich (Pierre Ramus, Olga Misar, Franz Prisching) finden, die heutzutage fast vergessen sind, sowie dass viele Porträts von Frauen, die sich gewaltfrei-anarchistisch-feministisch verstanden, enthalten sind. Auch bezüglich der Weltanschauungen, durch die die vorgestellten Personen zum Anarchismus gelangt sind, zeigt sich eine große Breite und Vielfalt von religiösen, kommunistischen, sozialistischen, syndikalistischen und revolutionären Zugängen. Insgesamt eine wahrlich gelungene Einführung in eine oft missverstandene Strömung gewaltfreier Gesellschaftsgestaltung!



**Barbara Rauchwarter: Genug für alle – Biblische Ökonomie;** 2012, Wieser Verlag Klagenfurt/Celovec, ISBN 978-3-99029-015-6



Nicht mehr ganz neu, aber – im Jahr des Reformationsjubiläums – unvermindert aktuell ist dieses kleine Buch der protestantischen Theologin Barbara Rauchwarter, in dem sie den Zusammenhängen von Geld, Arbeit, Besitz, Macht, (Staats-)Gewalt und den Weisungen der Tora, der Sozialgesetzgebung der hebräischen Bibel, bzw. den Geschichten und Gleichnissen Jesu nachgeht. Viele Texte der beiden Testamente beschäftigen sich mit wirtschaftlichen Alltagsthemen im Kontext der Zeit – auf der Grundlage der sozialgeschichtlichen Bibelauslegung (u.a. Ebach, Sölle, Schottroff) gelesen sprechen sie oft ganz anders zu uns heute als wir uns das von herkömmlichen Auslegungen gewohnt sind. Durchgehend ist darin vom Interesse, ja von der Option Gottes für die Armen und Unterdrückten die Rede, ein auf Gewinnmaximierung und Kapitalakkumulation fixiertes Denken und Wirtschaften wird scharf kritisiert. Direkt auf die Frage

der (physischen) Gewalt bzw. der Gewaltfreiheit Bezug nehmen die Kapitel über die „Gewalteskalation“ (Mk12, 1-12), die „Steuerfrage“ (Mk 12, 13-17) und den „Zivilen Ungehorsam“ (Mt5, 38-42), andere Abschnitte wie über das Zinsverbot, den Mammon, den Arbeitsstrich oder den Geiz nehmen die strukturelle Seite der Gewalt in den Blick. Wie gesagt: höchst aktuell trotz über 2000-jähriger Geschichte!



**Přemysl Pitter: Unter dem Rad der Geschichte. Autobiographie (neu bearbeitet von Sabine Dittrich);** 2017, Neufeld-Verlag Schwarzenfeld ([www.neufeld-verlag.de](http://www.neufeld-verlag.de)), ISBN: 978-3-86256-083-7; € 13,30

Nach den Büchern über die französischen Versöhnungsbund-Mitarbeiter\*innen Magda und André Trocmé und den Bruderhof-Begründer Eberhard Arnold hat der engagierte Neufeld-Verlag ein weiteres Buch mit VB-Bezug herausgebracht, diesmal vom tschechischen Pazifisten und Christen Přemysl Pitter (1895-1976). Er schildert darin, wie er sich als Soldat im 1. Weltkrieg aufgrund seiner Erlebnisse allmählich von Krieg und Militär abwendet (was ihn in den 20er

Jahren mit dem International Fellowship of Reconciliation in Berührung brachte, wo er an mehreren internationalen Tagungen teilnahm und auch seine lebenslange Mitarbeiterin Olga Fierz kennenlernte). Der Einsatz für die tschechisch-deutsche Verständigung und Versöhnung, v.a. aber seine Liebe zu den vernachlässigten Kindern führt ihn dazu, in den 30er Jahren ein erstes Kinderheim zu gründen, in dem stets auch die gerade „Verfolgten“ (je nach Zeitpunkt tschechische, jüdische und deutsche Kinder) Platz fanden. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs startet Pitter die „Schlösser-Aktion“ – in leerstehenden Gebäuden werden Kinder aus dem KZ Theresienstadt gemeinsam mit sudetendeutschen Kindern aus tschechischen Lagern untergebracht und betreut. Anfang der 1950er Jahre muss Pitter ins Exil, zunächst nach Deutschland, wo er im Flüchtlingslager „Valka“ wirkt, später dann in die Schweiz, wo er maßgeblich am Aufbau der tschechisch-hussitischen Gemeinde in Zürich beteiligt ist.

Was das Buch besonders lesenswert macht, sind aber nicht nur die Fakten, sondern v.a. die Schilderungen, wie diese gesamte Arbeit möglich wurde – eine Mischung aus Schwejk und Gottvertrauen, Pragmatismus und Hoffnung und Zuversicht in die Kraft der gewaltfreien Liebe.



DVR 0583031  
Zulassungsnummer:  
GZ 02Z032555M

P.b.b.  
Internationaler Versöhnungsbund  
Lederergasse 23/Hof2/St.3/Tür 27  
A-1080 Wien

diesseits noch  
des schweigens  
vielleicht

jenseits aber  
der wörter  
sicher  
bleiben die zeichen

nach wie vor:  
das grab ist leer

im verzichten eröffnen  
im zweifeln erhellen  
im bleiben erhoffen

aus: dich  
Walter L. Buder  
Hecht Verlag, Hard